attac

Kapitalismuskongress und Aktionswoche „Gegen Krise und Krieg“

Wir zahlen nicht für eure Krise!



Die Weltwirtschaft befindet sich in einer ihrer schwersten Krisen. Der Finanzmarktkapitalismus hat auf seiner gnadenlosen Jagd nach Maximalprofit der Umwelt-, Energie- und Lebensmittelkrise noch eine Finanzkrise hinzugefügt, deren Schockwellen längst die Realwirtschaft erreicht haben.
Noch versuchen die Regierungen, mit fetten Rettungspaketen für Banken und Industrie die Kosten der Krise der Allgemeinheit aufzuladen, während die zuvor gemachten Gewinne unangetastet bleiben. Die weltweite Rezession wird in erster Linie Lohneinkommen und soziale Sicherung berühren. Aber der Protest gegen diese Politik regt sich, und er macht vor der Systemfrage nicht mehr halt: „Ist der Kapitalismus am Ende?“ Mit einem Kongress vom 6. bis 8. März und einer Aktionswoche vom 28. März bis 5. April wollen Attac und soziale Bewegungen diesen Protest verstärken.

Kongress „Kapitalismus am Ende?“



Klar ist: Der Finanzmarkt gesteuerte Kapitalismus ist kollabiert – systembedingt, nicht von linken Kräften gestürzt. Auf unserem Kongress wollen wir über den Kapitalismus reden – und über Alternativen. Gibt es einen besseren Kapitalismus, einen gerechteren, ökologischeren, das skandinavische Modell? Oder gehört er gar abgeschafft? Was aber kann an seine Stelle treten? Was können wir aus den Fehlern früherer alternativer Gesellschaftsmodelle lernen? Dabei soll die Vielfalt der vorhandenen Ansätze sichtbar werden.

„Gemeinsam gegen Krise und Krieg“

Schon in den Jahren des Globalisierungsbooms hat sich die Schere zwischen Arm und Reich unerträglich aufgetan. Die aktuelle Krise wird Massenarbeitslosigkeit und den Druck auf die Lohnabhängigen verschärfen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer werden vom Schrumpfen der Weltwirtschaft doppelt hart betroffen, Ziele einer sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Entwicklung rücken in noch weitere Ferne.
Nichts deutet darauf hin, dass sich die G20 bei ihrem 2. Weltfinanzgipfel am 2. April in London freiwillig mit den wahren Ursachen der Finanzkrise und deren sozialen Abfederung beschäftigen werden. Deshalb wollen wir am 28. März mit Tausenden in London, Berlin, Frankfurt und anderswo auf die Straße gehen und Flagge zeigen für eine solidarische Gesellschaft! Deshalb werden wir am 2. April vor den Toren des G20-Treffens stehen!
Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise planen die NATO-Staaten neue Strategien, um ihre angeschlagene wirtschaftliche Vorherrschaft auch militärisch zu sichern. Im Kapitalismus waren Krisen und Krieg schon immer nahe Verwandte. Unser Widerstand gegen die kapitalistische Krise muss also auch eine antimilitaristische Stoßrichtung haben. Dafür werden wir uns am 5. April in Straßburg und Baden-Baden bei den dort versammelten NATO-Größen Gehör verschaffen!

Alexis J. Passadakis, Detlev v. Larcher

Einzelheiten zu den Terminen auf Seite 9

Inhalt

Wir zahlen NICHT! für eure KRISE!
28. März 2009
Für eine solidarische Welt
Demonstrationen
Samstag, 28. März 2009
(Internationaler Aktionstag zum Welt-Finanzgipfel)
Frankfurt (ab Hauptbahnhof)
Berlin (ab ....)
12 Uhr
www.kapitalismuskrise.org

1 EUR 50

Gaza nach dem Krieg

„Die Lage ist in jeder Hinsicht eine Katastrophe“

Martin Glasenapp arbeitet bei der Attac-Mitgliedsorganisation Medico International und ist dort zuständig für Israel und Palästina. Attac-Pressesprecherin Frauke Distelrath sprach mit ihm über die aktuelle Situation im Gaza-Streifen, die Hintergründe des Krieges und wie die palästinensischen und israelischen Partnerorganisationen von Medico den Menschen im Gaza-Streifen jetzt helfen.

Du stehst in engem Kontakt mit den Partnerorganisationen von Medico in Israel und Palästina. Was hast du über die aktuelle Situation im Gaza-Streifen nach dem Krieg erfahren?

Martin Glasenapp: Die Lage ist in jeder Hinsicht katastrophal. Der Dreiwochenkrieg hat nach UN-Angaben 100.000 Menschen obdachlos gemacht. 5.000 Gebäude wurden zerstört. Darunter nicht nur Polizeidienststellen, öffentliche Verwaltungsgebäude und Moscheen, sondern auch Wohnhäuser, Kliniken, landwirtschaftliche Infrastruktur und Industriegebiete. 1.300 Menschen kamen ums Leben, darunter 350 Kinder. Und nach wie vor sterben täglich Menschen an ihren Verletzungen. Zusätzlich verschärft die seit anderthalb Jahren anhaltende israelische Wirtschaftsblockade die Situation. Weder Zement noch Nägel können nach Gaza eingeführt werden, die Arbeitslosigkeit liegt über 60 Prozent, die Mehrheit der Bevölkerung ist vollständig von der internationalen Hilfe abhängig und lebt von weniger als einem Dollar am Tag.

Warum ist dieser Krieg geführt worden – und warum jetzt?

Natürlich musste die israelische Regierung den Raketenbeschuss südisraelischer Städte stoppen, der die Bevölkerung schon länger terrorisierte. Aber die Härte und Dauer der Angriffe auf Gaza waren auch ein innenpolitischer Wahlkampfkrieg. Die Regierung aus Kadima und Arbeitspartei wollte gegenüber dem oppositionellen Likud Kompromisslosigkeit im Umgang mit den Palästinensern beweisen. Hinzu kam die Unsicherheit, welche Politik die neue US-Administration verfolgen würde. Der Krieg sollte daher auch Fakten für künftige Verhandlungen schaffen.

Welche Ziele verfolgte die Hamas? Kann man überhaupt von der Hamas sprechen?

Nein, die Hamas ist uneinheitlicher, als es in den hiesigen Medien oft dargestellt wird. Die Regierung im Gaza-Streifen wollte eher eine politische Vereinbarung und einen Waffenstillstand, während der militärische Flügel und die Auslandsführung auf eine fortgesetzte Machtdemonstration durch Raketen setzten.

Hat der Krieg die Hamas gestärkt?

Das wird sich mittelfristig zeigen. In jedem Fall hat die Hamas die eigene Bevölkerung einem verheerenden Krieg schutzlos ausgeliefert. Aber auch die Fatah und Präsident Abbas wurden durch ihre offensichtliche Machtlosigkeit geschwächt. Innerhalb der arabischen Liga hat die Hamas daher eher an politischer Relevanz gewonnen.

Gibt es in Israel und Palästina überhaupt noch Kräfte, die für eine friedliche Lösung eintreten? Was ist aus der israelischen Friedensbewegung geworden?

Es gibt in beiden Gesellschaften noch immer eine prinzipielle Mehrheit für eine Zwei-Staaten-Lösung. Aber die öffentliche Meinung in Israel rutscht nach rechts, und in den palästinensischen Gebieten schwindet die Hoffnung auf Eigenstaatlichkeit angesichts des anhaltenden jüdischen Siedlungsbaus. Es gibt keinen Austausch mehr zwischen Palästinensern und jüdischen Israelis. In der Westbank und in Gaza wächst inzwischen eine Generation heran, die Israelis nur als Soldaten und Siedler wahrnehmen. Dagegen sehen jüdische Israelis in Palästinensern vielfach nur ein Sicherheitsrisiko und potentielle Terroristen. Auch die Friedensbewegung ist zuletzt nicht stärker geworden. Die Medico-Projektpartner in Tel Aviv, die Ärzte für Menschenrechte, sprechen von einem Gefühl der Einsamkeit, wenn sie die herrschende Konfrontationslogik hinterfragen. Sie sagen, dass der Druck zur politischen Lösung von außen kommen muss. Aber die Zeit beginnt abzulaufen. Es ist gut möglich, dass Barak Obama der letzte US-Präsident ist, der noch eine Zwei-Staatenlösung ermöglichen kann.

Inwiefern helft ihr gemeinsam mit euren Partnerorganisationen den Menschen im Gaza-Streifen? Wie sieht eure Arbeit konkret aus?

Im Juni 2002 haben wir in Israel und Palästina den Aufruf „Zeichen paradoxer Hoffnung“ gestartet. Wir unterstützen damit zivilgesellschaftliche Initiativen, die über alle Grenzen und Feindbilder hinweg für Zusammenarbeit eintreten und auf Demokratie und die Respektierung der Menschenrechte drängen. Seit dem Beginn der Bombardierungen versorgt die Palestinian Medical Relief Society, der Medico-Partner in Gaza, die Verwundeten und verteilet Erste-Hilfe-Pakete. Ärzte gehen zu den Menschen nach Hause, um Verbände zu wechseln. Ambulanzen versuchen Menschen mit schweren Verletzungen, die im Gazastreifen nicht ausreichend behandelt werden können, zu den Grenzübergängen zu bringen. Bisher ist es zudem gelungen, zehn Kinder nach Italien auszufliegen. Zudem kümmern sich psychologisch ausgebildete MitarbeiterInnen um die durch den Krieg traumatisierten Kinder. Die Ärzte für Menschenrechte schicken aus Tel Aviv notwendige medizinische Hilfsgüter. Darüber hinaus konnten sie



mehrere israelische Ärztedelegationen nach Gaza senden. Leider verbieten die israelischen Behörden die Einreise jüdischer Ärzte, sodass nur arabische Israelis an diesen Missionen teilnehmen können.

www.medico.de

Spendenkonto: medico international
Frankfurter Sparkasse
Kontonummer 1800
BLZ 500 502 01
Stichwort: „Palästina“

Auch Onlinespenden sind möglich!

Interview: **Frauke Distelrath**

Der Untergang der anderen

Eine im Wissenschaftsmagazin SCIENCE am 9. Januar 2009 veröffentlichte Studie sagt voraus, dass zum Ende des Jahrhunderts die Hälfte der Weltbevölkerung – etwa 5 Milliarden Menschen – unter Hunger leiden wird, wenn der Klimawandel nicht rasch gestoppt wird. Dabei wird nur das veränderte Wachstumsverhalten von Nahrungspflanzen berücksichtigt, während die wahrscheinlich noch viel gravierenderen Auswirkungen des Wassermangels gar nicht berücksichtigt sind.
Erste Anzeichen deuten beispielsweise darauf hin, dass die großen Gletscher des Himalaja abschmelzen. Sind sie erst einmal verschwunden, dann trocknen die großen Ströme, die Nordindien und große Teile Chinas bewässern, in den regenarmen Jahreszeiten aus. Was tun die betroffenen 1,3 Milliarden Menschen dann? Nach Europa auswandern?

Während die Wissenschaft täglich neue und immer fundiertere Warnungen ausspricht, fördert die Politik weiterhin die Ursachen der sich abzeichnenden Katastrophe. In Deutschland etwa, einem der Hauptverursacher der Klimakrise (Platz 6 der Weltrangliste), tut die Regierung Merkel im Windschatten ihrer Klimaschutzrhethorik alles, um die Autohersteller vor wirksamen Auflagen und Grenzwerten zu schützen. Zugleich unterstützt sie die Energiekonzerne dabei, weitere 26 Kohlekraftwerke zu bauen.

Das Konjunkturpaket II fügt sich nahtlos in diese Politik ein. Autobesitzern wird eine Prämie von bis zu 2.500 EUR angeboten, um ihr klimaschädigendes Fahrzeug verschrotten zu lassen und an seiner Stelle ein neues, ebenso klimaschädigendes Fahrzeug zu kaufen. Allein Herstellung und Verschrottung eines Autos verursachen soviel CO2-Ausstoß wie der Verbrauch von 4.000 Litern Benzin. Außerdem sollen zusätzliche Milliarden in den Ausbau von Autobahnen fließen, damit für die erwartete Verdoppelung des LKW-Verkehrs Platz ist.

Das Programm, das hinter diesen Maßnahmen steht, heißt: Wachstum um jeden Preis – und sei es der Untergang der anderen. Die TAGESSCHAU schrieb am 21. Januar 2009: „Fallen die Verbraucher jetzt in einen Konsumrausch und kurbeln die Wirtschaft an? Das hofft die Große Koalition." Die Welt scheint nichts nötiger zu haben, als dass die Überkonsumenten dieses Planeten noch mehr konsumieren.

Die Neue Heimat, Fotomontage, www.counter-images.de



Warum aber müssen wir in einen neuen Konsumrausch hineingetrieben werden, damit wir unsere Arbeitsplätze nicht verlieren? Welche seltsame, Alice-in-Wonderland-artige Logik wohnt diesem System inne, in dem wir konsumieren müssen, um arbeiten zu dürfen? Kann der nordindische Bauer – den diese Logik eines Tages um seine Existenzgrundlage bringen wird – so etwas verstehen? Denn er arbeitet, um etwas zu essen zu haben, nicht umgekehrt.
Warum können wir in der Krise nicht, wie es der gesunde Menschverstand gebieten würde, die Arbeitszeiten verkürzen und die Einkommen gerechter verteilen? Und warum gilt es eigentlich als Katastrophe, wenn, wie die Deutsche Bank im Dezember 2008 befürchtete, die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 tatsächlich um 4 Prozent schrumpfen würde? Die Deutschen würden dann in diesem Jahr immer noch – inflationsbereinigt – so viel erwirtschaften wie im Jahr 2006 und sogar 20 Prozent mehr als 1991. Waren sie denn damals arm?

Die Antworten führen alle letztlich ins Zentrum unserer Wirtschaftsweise: in die Logik der Kapitalakkumulation. Nur im Wachstum kann kontinuierlich Mehrwert erwirtschaftet werden, nur im Wachstum können die sozialen Ungleichheiten, die der Kapitalismus erzeugt, durch eine allgemeine Vergrößerung des Kuchens entschärft werden.
Doch in einer Zeit, in der die Schäden des Wachstums seinen Nutzen längst übersteigen und jede weitere Produktions- und Konsumsteigerung die fahrlässige Tötung Dritter beinhaltet, ist eine Vergrößerung des Kuchens nicht mehr verantwortbar. Im Gegenteil: Um den ökologischen und sozialen Kollaps des Planeten zu verhindern, müssen die Industrieländer ihren Ressourcenverbrauch bis 2050 um mindestens 80 Prozent senken. Um das zu erreichen, ist es mit „ökologischen Leitplanken" oder einem öko-keynesianischen „Green New Deal" für weiteres Wachstum des Bruttoinlandsproduktes nicht getan. Das Betriebssystem dieser Wirtschaft, das die obszöne Gleichzeitigkeit von Massenelend und Multimilliardären produziert, muss verändert werden. Nur dann kann der Übergang in eine zukunftsfähige Gesellschaft gelingen. Und das bedeutet: Einstieg in den Ausstieg aus der Kapitalakkumulation.
Die gegenwärtige Krise bietet dazu überraschende Chancen. Wenn etwa angeschlagene Autohersteller wie Opel um Staatshilfe bitten, gilt es dafür zu kämpfen, dass ihnen nicht weitere Milliarden in den Rachen geworfen werden, um blindes Wachstum anzukurbeln, sondern statt dessen eine Vergesellschaftung und ökologische Konversion der Branche in Gang kommt. Utopisch? Das hängt von uns ab. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, Bündnisse aus Umweltbewegungen, Gewerkschaften, GlobaliserungskritikerInnen und Graswurzelbewegungen für Perspektiven jenseits der Akkumulation zu schaffen.

Fabian Scheidler

Weitere Informationen zum Thema Wachstum unter:
www.attac-netzwerk.de/kommunikation/interaktiv/debatten/wachstumsdebatte
www.counter-images.de/wachstumskritik.html
Konversion der Autoindustrie:
www.attac.de/aktuell/fernsichten

Alle Karten auf den Tisch

Für einen echten sozial-ökologischen New Deal

Die Finanzkrise ist zur Wirtschaftskrise geworden. Zentralbanken und Regierungen werfen ziellos mit Milliardenbeträgen um sich. Trotzdem droht die erste weltweite Rezession seit 1945. Auch die Nachrichten von der Klimafront verschlechtern sich. Kürzlich warnten Klimatologen, dass bereits 2030 die Arktis im Sommer eisfrei sein würde. Schon heute leiden Millionen Menschen unter Überschwemmung, Dürren und steigenden Meeresspiegeln. Spätestens jetzt müsste auch dem und der letzten klar werden: Der neoliberale und fossilistische Finanzmarktkapitalismus hat abgewirtschaftet. Höchste Zeit, in der Hektik zwischen „Bad Bank" und Schuldenbremse über echte Alternativen zu diskutieren.

Ein Ansatz dazu ist die Idee des Green New Deal, die sich die kombinierte Lösung von Wirtschafts- und Klimakrise auf die Fahnen geschrieben hat. Vorbild ist die Politik des US-Präsidenten Roosevelt, der auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 mit grundlegenden sozialen und ökonomischen Reformen antwortete. Mit seinem New Deal („Neuverteilung der Karten") führte er die staatliche Rente, eine Arbeitslosenversicherung und Mindestlöhne ein, verkürzte die Arbeitszeit und stärkte die Gewerkschaften. Ein riesiges Investitionsprogramm kurbelte die Produktion an. Mit Regulierungen wie Börsenaufsicht und progressiver Steuerreform wurde die Wirtschaft entmachtet. So gelang es der US-amerikanischen Regierung, innerhalb kurzer Zeit die Krise abzufedern.

Dieses Programm eignet sich gut als Blaupause für die größte Wirtschaftskrise seit 1929. Von Obama über die deutschen Grünen bis hin zur UN-Umweltbehörde UNEP propagieren viele die ökologische Neuauflage des New Deal. Die Idee: Statt noch mehr Straßen, Brücken und Häuser zu bauen, soll in großem Stil in Solaranlagen, Elektroautos und Wärmedämmung investiert werden – Konjunktur und Klima werden es gleichermaßen danken. Selbst die Bundesregierung verpasst Abwrackprämie und KfZ-Steuerreform einen grünen Anstrich. Aber längst nicht alles, was uns als grün und neu verkauft wird, ist ein guter Deal für Mensch und Umwelt.

Auf der einen Seite bauen natürlich auch öko-keynesianische Vorstellungen wie ein Green New Deal auf Wachstum – das in der Vergangenheit den Klimawandel angefeuert hat. Die Krise der Automobilindustrie zeigt, wie es nicht laufen solte. Der motorisierte Individualverkehr ist der sichere Weg in den ökologischen Kollaps. Auch das Zwei-Liter- oder das Elektro-Auto bescheren uns Zersiedelung, Lärm und Verkehrstote und verschlingen in der Herstellung irrsinnig viel Ressourcen und Energie. Selbst wenn Opel stattdessen Busse und Straßenbahnen bauen kann, heißt es unter dem Strich: Die Autobranche muss schrumpfen und nicht wachsen. Die Lösung heißt stattdessen: mehr öffentlicher Personennahverkehr, intelligentere Stadtplanung, BürgerInnenbahn in öffentlicher Hand, Umbau unserer überkommenen Siedlungsstruktur. Ein solcher Strukturwandel setzt Wachstumskräfte frei, die gleichzeitig gut fürs Klima sind.

Dieser Umbau unserer Industriegesellschaft funktioniert aber nicht ohne eine soziale und ökonomische Neuausrichtung. Richtig ist, dass die Welt Opel eigentlich nicht braucht. Aber sie braucht eine Antwort für die vielen tausend Menschen, die dann auf der Straße stehen. Nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung und ein Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ermöglichen den Ausstieg aus einem Arbeitsplatz ohne Zukunft. Und damit sich der Wirtschaftsumbau entwickeln kann, muss mit der herrschenden 25 Prozent-Rendite-Logik gebrochen werden. Deswegen verdient ein Green New Deal nur dann seinen Namen, wenn er wie in den 1930er Jahren die Märkte entmachtet. Die Banken müssen demokratisiert, die Finanzmärkte geschrumpft, der Reichtum muss umverteilt werden. Ergänzt um einen massiven Nord-Süd-Ressourcentransfer wäre dann auch ein fairer globaler Green New Deal möglich – der gleichzeitig die globalen ökonomischen Ungleichgewichte abbauen könnte.

Die meisten bisherigen Vorschläge zum Green New Deal haben eine Schlagseite zur ökologischen Dimension oder setzen unkritisch auf vermeintlich grünes Wachstum. Inspiration für Alternativen bieten sie trotzdem. Aber es müssen wirklich alle Karten auf den Tisch. Es ist die Aufgabe sozialer Bewegungen, Wachstumskritik und die soziale Frage in diese Auseinandersetzungen zu tragen. Wenn das gelingt, wäre ein Green New Deal eine zu große Chance, als dass man ihn „links" liegen lassen könnte.

Chris Methmann, Attac KoKreis



FernSichten

Blicke über den Tellerrand



In der Krise sind uns andere Teile der Welt schon voraus: Lateinamerika, Afrika, Asien, inzwischen auch die USA. Doch in der Krise erwachsen auch neue Gegenkräfte. Attac blickt auf der neuen Medienseite „FernSichten" über den Tellerrand und zeigt Antworten auf die Krise aus anderen Teilen der Welt – Antworten, die auch für uns inspirierend sein können.

Wir präsentieren zunächst Ausschnitte aus Sendungen des US-amerikanischen TV-Nachrichtenmagazins „Democracy Now!" mit deutschen Untertiteln. Die erste Ausgabe beschäftigt sich mit der Krise der großen US-Autokonzerne und der Perspektive einer ökologischen Konversion. Die zweite Ausgabe widmet sich der wahrscheinlichen Insolvenz der größten Bank der Welt – der Citigroup –, der Möglichkeit einer Vergesellschaftung des Bankensektors und der Notwendigkeit eines neuen Welthandelssystems.

www.attac.de/aktuell/fernsichten

Wer Lust hat, sich an Redaktion und Technik der FernSichten zu beteiligen, kann sich an Kay Oliver Schulze kay@attac.de oder Fabian Scheidler fabian.scheilder@berlin.de wenden. MitarbeiterInnen sind immer willkommen!

Knapp daneben ist auch vorbei

Wie Grüner Kapitalismus die Welt nicht rettet

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 2007 zerbrechen bisherige Paradigmen neoliberaler Wirtschaftspolitik wie schmelzende Eisschelfs. Keynsianische Konzepte, oder das was dafür gehalten oder erklärt wird, sind wieder Mainstream. Und man trifft nun wieder auf öko-keynsianische Ideen. Aufmerksamkeit hat insbesondere eine Studie der britischen New Economics Foundation auf sich gezogen, an der Caroline Lucas, Vorsitzende der europäischen Grünen Partei, beteiligt war. Ihr Titel lautet prägnant „A Green New Deal". Die Idee: die Weltwirtschafts- und die Klimakrise mit einem Streich zu bewältigen, d.h. Finanzmarktregulierung plus Investitionen in erneuerbare Energien. Rasch avancierte das Konzept zur neuen Doktrin grüner Parteien.

Konnten grüne Vordenker bisher den Kapitalismus in Form der „grünen Marktwirtschaft" wegen seiner „Innovationsfähigkeit" und „Flexibilität" angesichts eines notwendigen ökologischen Umbaus befürworten, steht nun ein anderer Aspekt im Vordergrund: (Grüner) Kapitalismus in seiner neo-öko-keynsianischen Form wird deshalb zur Lösung, weil er eine neue Wachstumsdynamik auszulösen verspricht. Während neoliberale Vokabeln wie „Innovation" und „Flexibilität" angesichts des Debakels an den Finanzmärkten heute abgeschmackt klingen, ist die Wiederherstellung des „Wachstums" der neue Hype. Hintergrund dieses konzeptionellen Manövers ist der Versuch, Kapitalismus und Ökologie zu versöhnen. Die strukturellen Widersprüche liegen auf der Hand, werden aber ausgeblendet. Hilfreich ist für die Anhänger eines Green New Deal (GND) ein simpler Taschenspielertrick. Der neoliberale Finanzmarktkapitalismus wird für die gegenwärtige Biokrise verantwortlich gemacht und die ökonomische Boomphase des Fordimus in den 40er-60er Jahren als das „golden age of economic activity" verkauft. Das historische Gedächtnis ist offensichtlich kurz; die Ursprünge der Ökologiebewegung sind vergessen; ohrenbetäubend wie Meadows, der Herausgeber der Studie „The limits to growth" des Club of Rome sich dabei im Grabe herum dreht.
Die Fans eines GND sind noch immer von der neoliberalen Maske des Finanzmarktkapitalismus gebannt. Dass die gegenwärtige Katastrophe ihre Ursache im kapitalistischen Industrialismus hat, der mit seiner keynsianischen Massenproduktion und -konsumtion bereits in der „New Deal"-Ära radikalisiert wurde, bleibt unverstanden. Letztlich bleiben die strukturellen Widersprüche zwischen profitgetriebener potentiell grenzenloser Kapitalakkumulation und Natur (und Mensch) außen vor.
In der Geschichte des Kapitalismus wurden diese Widersprüche auf unterschiedliche Art und Weise bearbeitet. Wurden die Kosten im Fordismus – vereinfacht gesagt – insbesondere auf die Natur und den (kolonisierten) Süden abgewälzt, wohingegen die Arbeiter im Norden einen besseren Lebensstandard gewannen, gerieten im Finanzmarktkapitalismus auch die Beschäftigten in den Metropolen unter Druck. Unter einem grünen Deal, soll es nun allen gut gehen. Verräterisch an den vorliegenden Konzepten ist jedoch genau dieser Punkt. Während Roosevelts New Deal in sozialdemokratischer Manier tatsächlich soziale Errungenschaften



umfasste, ist die soziale Frage bei den bisher vorliegenden Vorschlägen des GND eine vielsagende Leerstelle. Es geht um mehr Jobs, aber 30-Stunden-Woche, höhere Löhne usw. fehlen. Es liegt also nahe, wer die Zeche zahlt. Schließlich ist ein auf Massenproduktion beruhender, hoch profitabler Wirtschaftsboom bei gleichzeitiger ökologischer Neutralität nicht denkbar. So hat es tatsächliche CO_2-Reduktionen – und dies ist nur ein Beispiel von Naturverbrauch – bisher einzig beim Zusammenbruch des Ostblocks gegeben.
Eine weitere historische Fehllektüre erlauben sich grüne Kapitalisten, wenn sie Roosevelts New Deal als genialen Schachzug begreifen. Tatsächlich wurden die sozial progressiven Elemente der US-Regierung durch starke Arbeitslosenbewegungen und z.T. blutig niedergeschlagene Massenstreiks durchgesetzt. Es ist außerdem kein Zufall, dass der New Deal in den USA die Geburtsstunde der „imperial precidency" ist, deren Konsequenzen die ganze zweite Hälfte des 20. Jh. bis heute das politische System der USA dominieren. Der autoritäre Charakter des Projektes des New Deal wird nicht problematisiert. Im Gegenteil: viele Anhänger des GND garnieren ihre Ausführungen mit Anekdoten aus der kriegswirtschaftlichen Phase der Roosevelt-Präsidentschaft. Es lässt nichts Gutes ahnen, wenn der Versuch Wachstum und Ökologie zu verheiraten solch autoritärer Metaphorik bedarf.

Alexis J. Passadakis, Attac KoKreis



Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
oder per mail an:
info@attac.de



Rückblick:

31. Oktober bis 2. November 2008

500 TeilnehmerInnen beim ersten Lateinamerika-Kongress von Attac

Mehr als 500 TeilnehmerInnen aus Europa und Lateinamerika kommen in Mannheim zum ersten Lateinamerika-Kongress von Attac zusammen. Das Motto: „Continente Rebelde – Alternativen zum Neoliberalismus". Das Themenspektrum reicht von den neuen Verfassungen Ecuadors und Boliviens, die mit breiter Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet wurden, bis zum Prinzip des „Vivir bien" (gutes Leben) der sozialen Bewegungen auf dem rebellischen Kontinent.

Attac-Kinospot im Vorprogamm von James Bond und Let's Make Money

Der preisgekrönte Tatort-Regisseur Thomas Bohn hat für Attac einen Kino-Spot zur Bankenkrise gedreht. Der Film läuft im Vorprogamm des neuen „James Bond" und von „Let's Make Money". Im Videoportal Youtube avanciert der Spot zum meistgesehenen Video des Monats. Der Anfang des Streifens wirkt wie der Werbespot einer Bank – dann aber wird deutlich, dass mit der Bank und ihren MitarbeiterInnen so einiges nicht in Ordnung ist …
www.casino-schliessen.de/aktionen/kinospot

8. November 2008

Attac und Noya stellen sich dem Castor entgegen



Gemeinsam mit 16.000 anderen AtomkraftgegnerInnen demonstrieren AktivistInnen von Attac und Noya in Gorleben gegen den bevorstehenden Castortransport. Der Strom aus jedem abgeschriebenen Schrottreaktor spült täglich etwa eine Million Euro in die Kassen von Eon, RWE, EnBW und Vattenfall. Attac fordert, die vier großen Stromkonzerne zu enteignen, zu zerlegen und in viele kleine demokratisch kontrollierbare Einheiten zu überführen.

27. November 2008

Stromnetze in die öffentliche Hand!

Die Hochspannungsnetze gehören in öffentliche Hand! Zusammen mit dem Bund der Energieverbraucher und Robin Wood übergibt Attac fast 10.000 Unterschriften mit dieser Forderung im Bundeskanzlerinnenamt. Parallel dazu entrollen Attac-Aktive bei einer Konferenz der Deutschen Energieagentur vor den Augen der überraschten Teilnehmer ein Transparent, auf dem sie eine soziale und ökologische Stromversorgung fordern.

17. Dezember 2008

Liechtenstein-Skandal: Bananen für Staatsanwalt



Kurz vor Beginn des Steuerhinterziehungs-Prozesses gegen Ex-Post-Chef Klaus Zumwinkel wird die zuständige Bochumer Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen versetzt – angeblich freiwillig. Nicht nur Attac drängt sich der Eindruck auf, dass die Staatsanwältin kaltgestellt werden soll, weil sie für eine konsequente Bestrafung von SteuerbetrügerInnen einsteht. Aus Protest gegen die Versetzung Lichtinghagens schickt Attac dem Leiter der Bochumer Staatsanwaltschaft kistenweise Bananen.

2. Januar 2009

Medienwirksamer Protest gegen das Konjunkturpaket



Attac-Satire vor dem Bundestag: Bundeskanzlerin Angela Merkel preist medienwirksam das „tolle Wachstumspaket" der Regierung – einen großen Geschenkkarton. Doch, oh Schreck, nach der Rede entspringen dem Karton drei Kistenteufel und recken Schilder in die Höhe, auf denen zu lesen steht: „Soziale Sicherung? – Egal!", „Klimaschutz futsch!" und „Demokratie beschädigt!" Zuvor hat Attac bei einem Katerfrühstück für MedienvertreterInnen verlangt, alle Maßnahmen zur Konjunkturbelebung einem Umverteilungs- und Klima-Check zu unterziehen.

10. Januar 2009

Kongress von Attac Karlsruhe: „Arme Kinder – reiches Land"

Die stetig wachsende Kinderarmut verletzt Grund- und Menschenrechte. Dieser skandalöse Zustand ist im Namen des Neoliberalismus über Jahre verschärft worden. Beim Kongress „Arme Kinder – reiches Land" diskutieren die TeilnehmerInnen Forderungen und Strategien zur Bekämpfung der Kinderarmut und der ungleichen Verteilung.

27. Januar bis 1. Februar 2009

Mehr als 100.000 beim Weltsozialforum in Belém / Brasilien





Mehr als 100.000 Menschen aus aller Welt treffen sich im brasilianischen Belém zum neunten Weltsozialforum. Fünf Tage lang thematisieren sie auf 2.600 Veranstaltungen die vielfältigen Probleme der wachsenden Armut, der andauernden Kriege und der drohenden Umwelt- und Klimakatastrophe – und diskutieren Alternativen. Gemeinsam rufen die TeilnehmerInnen für den 28. März 2009 zu einem weltweiten Aktionstag für eine soziale Bewältigung der Wirtschaftskrise auf. Denn für die beim WSF versammelten sozialen Bewegungen und Organisationen steht fest: Das Finanzsystem muss auf völlig neue Füße gestellt und der globale Reichtum umverteilt werden.

28 Januar bis 1. Februar 2009

WEF in Davos: Selbst ernannte globale Elite steht ratlos vor Krise

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos wird es überdeutlich: Die selbst ernannte globale Elite steht ratlos vor dem Scherbenhaufen, den sie mit ihrer Jahrzehnte langen Politik der deregulierten Finanzmärkte selbst angerichtet hat. Von diesem Treffen der Versager sind keine Lösungen der globalen Probleme zu erwarten. Im Gegenteil, viele der Wirtschaftsführer und Politiker sind selbst Teil des Problems.

30. Januar 2009

Die fetten Jahre sind vorbei: Das andere Davos

Bereits zum neunten Mal treffen sich GlobalisierungskritikerInnen bei der von Attac Schweiz organisierten Gegenveranstaltung zum WEF. Bei der internationalen Konferenz „Das andere Davos" in Zürich formulieren sie gemeinsam Alternativen zum neoliberalen Desaster. Motto: „Die fetten Jahre sind vorbei: Reparatur oder Systemwechsel in Zeiten der Krise?"

30. Januar 2009

Stuttgart Open Fair: Energie für eine andere Welt



Mit dem Stuttgart Open Fair bringt Attac Stuttgart gemeinsam mit rund 50 weiteren Organisationen den Kampf für eine gerechtere, friedlichere und ökologisch nachhaltige Welt mitten in die reiche Metropole Stuttgart. Die regionale Parallelveranstaltung zum Weltsozialforum zeigt, dass die Lösung globaler Probleme auch vor Ort gesucht werden muss.

Ausblick:

21. Februar 2009

Attac-Regionalkonferenz zur Finanz- und Wirtschaftskrise (Nord)

Verschiedene Regionalgruppen planen Konferenzen in verschiedenen Gegenden Deutschlands, um sich inhaltlich fit zu machen für das Krisenjahr und die Demonstrationen am 28. März 2009. Mitglieder der nahe gelegenen Attac-Gruppen sind ebenso willkommen wie einfach am Thema Interessierte. Der Auftakt ist die Regionalkonferenz Nord in Hannover. Anmeldung:
hannigramann@t-online.de
www.casino-schliessen.de/regionalkonf

28. Februar 2009

Attac-Regionalkonferenz zur Finanz- und Wirtschaftskrise (Süd)

(Beschreibung siehe Regionalkonferenz Nord) Die Regionalkonferenz Süd findet in Regensburg statt. Anmeldung:
info@fotodesign-stolz.de
www.casino-schliessen.de/regionalkonf

1. März 2009

Attac-Regionalkonferenz zur Finanz- und Wirtschaftskrise (Ost)

(Beschreibung siehe Regionalkonferenz Nord) Die Regionalkonferenz Ost findet in Berlin statt.
www.casino-schliessen.de/regionalkonf

3. bis 6. März 2009

Attac-Kongress „Kapitalismus am Ende?" in Berlin



Let's talk about capitalism! Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Energiekrise, Umweltkrise. Immer mehr Menschen reiben sich die Augen und fragen, ob ein Wirtschaftssystem, das solche katastrophalen Krisen hervorbringt, wirklich „das Ende der Geschichte" sein kann. Zeit, über den Kapitalismus zu reden – und vor allem über Alternativen. Der Attac-Kongress an der TU in Berlin will Menschen in die Diskussion einbeziehen, die von verschiedenen Auswirkungen betroffen sind, einzelne Aspekte des Kapitalismus kritisieren oder eine ganz andere Gesellschaft wollen.
www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/startseite

22. März 2009

Finanzkrise, Stromkonzerne, EU: Attac-Regionalkonferenz NRW

Wie gelingt es Attac, mehr Menschen als bisher für einen Einsatz für eine andere mögliche Welt zu gewinnen? Dies ist eines der Themen auf der Attac-Regionalkonferenz Nordrhein-Westfalen in Wuppertal. Die TeilnehmerInnen setzen sich mit der Finanzkrise, der Attac-Stromkonzernkampagne und der EU auseinander und diskutieren mögliche Aktivitäten. Anmeldung:
doris.kroll@web.de
www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

28. März bis 4. April 2009

Aktionswoche „Gemeinsam gegen Krise und Krieg"

Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus müssen die weltweiten Ausbeutungsverhältnisse mit militärischen Mitteln gestützt werden. Der Widerstand gegen die kapitalistische Krise muss also auch eine antimilitaristische Stoßrichtung haben. Mit der Aktionswoche gegen Krise und Krieg demonstrieren soziale Bewegungen, Friedensbewegung und Gewerkschaften gemeinsam gegen Krise und Krieg: am 28. März in ganz Europa auf der Straße, am 2. April vor den Toren des G20-Treffens in London und am 4. April in Strasbourg und Baden-Baden bei der Nato-Feier.
www.casino-schliessen.de/aktionen/aktionswoche

28. März 2009

Bundesweite Demos: „Wir zahlen nicht für eure Krise!"



Gemeinsam mit Bündnispartner-Innen ruft Attac zu zwei zentralen Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main auf, um eine klares Zeichen für einen Systemwechsel hin zu einer solidarischen Gesellschaft zu setzen. Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise! – Für eine solidarische Gesellschaft" tragen die TeilnehmerInnen ihren Protest gegen den skandalösen Umgang der Regierung mit der Krise dort hin, wo er hingehört: in Berlin in das politische Machtzentrum und in Frankfurt in das Zentrum der Profiteure – zu den Banken!
www.casino-schliessen.de/aktionen/2803/startseite

3. bis 4. April 2009

Nein zu Krieg! Nein zur Nato!



Auf nationaler und internationaler Ebene haben sich Gruppen und Organisationen aus der Friedens-, Menschenrechts- und globalisierungskritischen Bewegung zusammengefunden, um bei den Nato-Feiern in Baden-Baden und Strasbourg ihren Widerstand und Protest gegen Krieg und die Nato deutlich zu machen. Mit Konferenzen, Camps, Demonstrationen und Blockaden während des Gipfeltreffens des Kriegsbündnisses soll ein Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik der Nato gesetzt werden. Attac unterstützt und organisiert die Proteste gegen diese Feier mit.
www.attac.de/nato

SuKo Projektgruppe

Türkei Wasser Projekt



Die Türkei plant, ihre Gewässer zu verkaufen; Seen, Flüsse, Quellen bis hin zum Grundwasser. Die Nutzungsrechte sollen für 49 Jahre an Private veräußert werden.
Das berichtete uns auf der Europäischen Sommeruniversität 2008 von Attac Prof. Dr. Kenan Demirkol. Hier handelt es sich nicht um die Privatisierung von Infrastruktur, sondern um den Verkauf ganzer Gewässer, die Lebensgrundlage für Millionen Menschen, Tiere und Pflanzen sind.
Die Türkei arbeitet bereits seit Jahren an dem Staudammprojekt GAP, bei dem 22 Großstaudämme geplant sind. Bisher wurden neun realisiert. Auch deutsche Firmen wie Siemens und Züblin sind an diesen Projekten beteiligt. Der Protest von Seiten der Bevölkerung und auch der Protest im Ausland, besonders wegen des geplanten Baus des Ilisustaudamms, nahm immer mehr zu. Gehören die Gewässer privaten Unternehmen, gibt es keine demokratische Kontrolle mehr und der Staat kann jegliche Verantwortung von sich weisen. Wir sind der Meinung, dass Wasser ein Menschenrecht ist und somit nicht verkäuflich. Jedem Menschen dieser Erde, unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten, muss der Zugang zu sauberem Wasser gewährleistet werden. Das ist nur der Fall, wenn sich die Wasserressourcen in gesellschaftlicher Hand befinden.
Im März tagt in Istanbul das 5. Weltwasserforum (WWF). Dieser neoliberale Think-Thank trifft sich, um für die Wasserprobleme dieser Welt eigene Konzepte zu propagieren: Sie bieten teure Wassertechnik an, die nicht aus der öffentlichen Hand zu bezahlen ist. Gegen dieses Weltwasserforum hat sich in der Türkei und auch in andern Ländern ein großes Bündnis gebildet. Dies ist besonders wichtig, da die Privatisierung ganzer Gewässer in der Türkei als Pilotprojekt für andere Länder gelten kann.
Das wollen wir verhindern. SuKo ist ein Teil diese Bündnisses. Su ist türkisch und steht für Wasser, Ko für Koordination.

Was haben wir bisher getan?

Zusammen mit Verdi, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem BUND wurde eine Unterschriftensammlung gestartet, die in einer spektakulären Aktion Anfang März dem türkischen Botschafter in Berlin übergeben werden soll. Als Informationsmaterial gibt es einen deutsch-türkischen Flyer, außerdem unseren lustigen „WIM"-Aufkleber, der auf eine neue Webseite hinweist.



Aktuell haben wir eine sehr erfolgreiche Speakers Tour in vier norddeutschen Städten durchgeführt, u. a. zusammen mit Prof. Demirkol. Er wird auch vom 1. bis 5. März zur zweiten Speakers Tour im süddeutschen Raum wiederkommen. Mit dabei sein wird dann auch Ercan Ayboga, der die Proteste in Istanbul zum WWF mitorganisiert.
Mehr zu all dem findet sich auf den Webseiten:
www.attac.de/wasser
und der dreisprachigen Webseite
www.wer-ist-wim.de
Helfende Hände werden immer benötigt! Sammelt Unterschriften (bis Anfang März), verteilt Flyer, informiert Neugierige! Wasser geht uns alle an!
Bei weiteren Fragen bitte melden unter:
tuerkei-wasser@attac.de

Sandra Schneider

Attac-Mainz



Die Regionalgruppe von Attac-Mainz hat sich im Dezember 2001 gegründet. Seitdem ist es sowohl gelungen inhaltliche und personelle Kontinuität in der Arbeit weitgehend zu gewährleisten als auch die Basis der Mitglieder und Aktiven dauerhaft zu vergrößern.
Bereits von Anfang an war die gemeinsame Arbeit geprägt von einem besonders hohen Maß an gegenseitigem Respekt. Bestehende Konflikte auf der Sach- oder der personellen Ebene wurden stets konstruktiv gelöst, viele gute Freundschaften konnten wachsen. Hierdurch hat sich unsere Streitkultur und Diskursfähigkeit immer weiter entwickelt, wodurch nie die Gefahr irgendwelcher Spaltungen entstand. Dies gelang ausdrücklich auch unter Aufrechterhaltung der Heterogenität der Zusammensetzung der Aktiven.
Eine solch positive Entwicklung ist nicht allein dem Konsensprinzip zu verdanken, sondern auch dem Willen aller, etwaige Meinungsunterschiede und Konflikte nicht um ihrer selbst Willen eskalieren zu lassen, sondern stets in produktiver Weise auszutragen. Dieses kooperative Klima strahlt natürlich auf die alltägliche Arbeit aus und erhöht die Motivation aller, sich ihren Möglichkeiten entsprechend einzubringen.
Erfreulicherweise gibt es in Mainz auch eine sehr aktive Attac-campus Gruppe. Unter den Aktiven in der Regionalgruppe sind allerdings Menschen unter 40 und auch Frauen leider noch etwas unterrepräsentiert.
Mit der Vernetzung zu anderen Organisationen, Verbänden und Einzelpersonen können wir sehr zufrieden sein. Diese Bündnisarbeit konkretisiert sich bei der Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen oder Aktionen und wechselseitiger Unterstützung.
Insbesondere unsere Veranstaltungsreihe „.. Mainzer Attac-Forum", von denen inzwischen schon über 25 stattfanden, hat sich als hervorragendes Instrument bewährt, um weitere Vernetzungen zu befördern, unsere Bekanntheit zu erhöhen und eines unserer primären Ziele, nämlich das der ökonomischen Alphabetisierung, voranzutreiben. Inhaltlich arbeiten wir zu den Themen Globalisierung und Ökologie, Privatisierung der Bahn, WTO, Kommunalpolitik sowie Soziale Gerechtigkeit/HarzIV.

www.attac.de/mainz



Attac-Kapitalismus-Kongress

6. bis 8. März 2009, Berlin, Technische Universität



**Kapitalismus am Ende?
Analysen und Alternativen**

Der Attac-Kongress vom 6. bis 8. März 2009 in Berlin wird die Bühne werden für die Diskussion der systemischen Ursachen der Krisen und für die gemeinsame Suche nach Alternativen. Wir möchten Menschen in die Diskussion einbeziehen, die von verschiedenen Auswirkungen betroffen sind, einzelne Aspekte des Kapitalismus kritisieren oder eine ganz andere Gesellschaft wollen: aus den Gewerkschaften, aus sozialen Bewegungen, aus NGOs, Verbänden, Kirchen oder einfach nur Interessierte, die nicht organisiert sind. Das Projekt soll seine Anziehungskraft auch aus der anregenden Mischung der Positionen und den spannenden Referenten und Referentinnen ziehen. Gemeinsam wollen wir über den Kapitalismus und mögliche Alternativen reden – offen, kritisch und überzeugt, dass niemand ein fertiges Programm in der Tasche hat.

Entlang von sechs großen Themensträngen

- **Ende des Finanzkapitalismus / Ursachen und Alternativen**
- **Kapitalismus und Ökologie**
- **Ungleichheit und soziale Rechte**
- **Kultur und Medien**
- **Demokratie im globalen Kapitalismus**
- **Politische Ökonomie von Krieg und Frieden**

werden zu den einzelnen Themen jeweils zwei bis drei Podiumsdiskussionen mit maximal vier Teilnehmern oder Teilnehmerinnen stattfinden, außerdem Workshops, Seminare, Vorträge und Diskussionsrunden zur Vertiefung der thematischen Bereiche.

Gleich anmeden unter:
www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/anmeldung
Teilnahmegebühr 20 EUR / erm. 10 EUR
Eine Mitfahrbörse entsteht unter:
www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/service/anreise

Attac vor Ort:

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Der Kongress soll Teil eines Diskussionsprozesses sein, den wir auch im Vorfeld schon voranbringen möchten. Wir möchten euch hiermit herzlich einladen, euch mit schriftlichen Beiträgen in die Diskussion einzubringen. Diese Beiträge können sich auf die oben angerissenen Aspekte oder auf die einzelnen Themenbereiche des Kongresses beziehen. Außerdem steht auch ein offenes Diskussionsforum zur Verfügung.

Bereits eingesandte Artikel finden sich unter:
www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/diskussion

Aktionswoche

„Gemeinsam gegen Krieg und Krise"

**Demos am 28. März 2009:
Wir zahlen nicht für eure Krise!**

Am 28. März 2009 gehen wir anlässlich des Londoner G20-Treffens in Berlin und in Frankfurt am Main gemeinsam auf die Straße und demonstrieren für Schritte aus der Krise, die den Opfern helfen und gleichzeitig den ökologischen und demokratischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben – als Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft.

In Deutschland rufen Attac und viele weitere Organisationen und soziale Bewegungen zu zwei zentralen Demonstrationen in Berlin und Frankfurt auf. Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise! – Für eine solidarische Gesellschaft" werden wir unseren Protest gegen den skandalösen Umgang der Regierung mit der Krise dort hintragen, wo er hingehört: in Berlin in das politische Machtzentrum und in Frankfurt in das Zentrum der Profiteure – zu den Banken! Wir werden den Herrschenden gerade in Krisenzeiten nicht das Feld überlassen, sondern ein klares Zeichen für einen Systemwechsel hin zu einer solidarischen Gesellschaft setzen.

Die Demo in Frankfurt steht unter dem Motto:
**Wir zahlen nicht für eure Krise –
für eine solidarische Gesellschaft**
Start ist um 12 Uhr am Hauptbahnhof und an der Bockenheimer Warte.

Das Demobündnis in Berlin hat die Aktionen unter das Motto gestellt:
**Eine Welt zu gewinnen –
jenseits von Krise und Kapitalismus**
Start ist um 12 Uhr vor dem Roten Rathaus.
www.casino-schliessen.de/aktionen/2803/startseite

**Nein zum Krieg!
Nein zur Nato!**

Am 3. und 4. April 2009 begeht die Nato ihren 60.Jahrestag. Doch es gibt keinen Grund zum Feiern: Die Nato schützt die ungerechte Weltordnung mit militärischer Gewalt. Sie steht für ein Mehr an Krieg und ein Weniger an Freiheit.

Auf nationaler und internationaler Ebene haben sich Gruppen und Organisationen aus der Friedens-, Menschenrechts- und globalisierungskritischen Bewegung zusammengefunden. Dieses breite Bündnis mobilisiert in nationalen und internationalen Aufrufen zu gemeinsamen, bunten und vielfältigen Aktivitäten gegen diesen Gipfel. Mit Konferenzen, Camps, Demonstrationen und Blockaden während des Gipfeltreffens des Kriegsbündnisses soll ein Zeichen gegen die



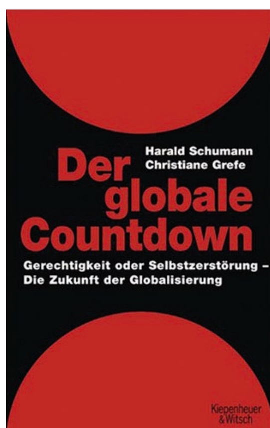
menschenfeindliche Politik der Nato gesetzt werden. Attac unterstützt und organisiert die Proteste gegen diese Feier mit.

Eine kurze Übersicht der Gegenaktivitäten:

- **Internationales Widerstands-Camp in Strasbourg (ab 1. April)**
- **Aktionen gegen das Außenministertreffen und die NATO-Gala in Baden-Baden (3. April)**
- **internationaler Kongress in Strasbourg (3. und 5. April)**
- **internationale Demonstration in Strasbourg als Höhepunkt (4. April)**

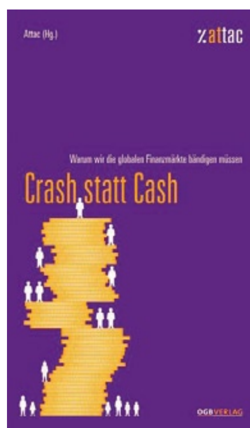
Aktuelle Informationen unter:
www.attac.de/nato

Neu im Webshop



Harald Schumann und Christiane Grefe: Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – Die Zukunft der Globalisierung [2808]

Die Finanzmärkte stehen vor dem Kollaps und bedrohen die Weltwirtschaft mit einer globalen Krise. Der wachsende Energiebedarf provoziert Konflikte um den Zugang zu Öl- und Gasreserven. Der Klimawandel bedroht Millionen mit Hunger, Naturkatastrophen und Vertreibung.
Weil die Regierungen bei der Regulierung der globalisierten Ökonomie versagt haben, ist zugleich ein unberechenbarer politischer Brandherd entstanden: Die Menschheit teilt sich zusehends in wenige Gewinner und viele Verlierer. Religiöse Heilslehren und Nationalismus sind auf dem Vormarsch. Und immer mehr Menschen rufen nach wirtschaftlicher Abschottung gegen die neuen Konkurrenten aus Asien und Lateinamerika.
So droht erneut, wie schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ein gewalttätiger Abbruch der Globalisierung durch Handels- und Ressourcenkriege. Die Durchsetzung von mehr Gerechtigkeit wird zur Überlebensfrage für den globalisierten Kapitalismus. Nur wenn Einkommen, Steuern und die Lasten des unvermeidlichen Umbaus der Energieversorgung fair verteilt werden, lassen sich die politischen und wirtschaftlichen Risiken beherrschen.
Die globale Vernetzung zwingt den Lenkern in Politik und Wirtschaft eine planetare Perspektive auf. Eine Weltgesellschaft ist im Entstehen, und weltweite Kooperation wird politischer Alltag. Aber reicht die Zeit, um die Weichen richtig zu stellen? Der globale Countdown läuft.
464 S.,19,95 EUR



Attac Österreich (Hg.): Crash statt Cash – Warum wir die globalen Finanzmärkte bändigen müssen [2811]

Die negativen Auswirkungen unregulierter Finanzmärkte sind seit einigen Monaten allgegenwärtig. Selbst die größten Traditionsbanken sind nicht mehr vor dem Konkurs zu retten. Während deren Gewinne viele Jahre lang nur Wenigen zugute kamen, soll für die Verluste nun die Allgemeinheit zahlen. Das Geld, das Staaten zur Stützung von maroden Banken und Immobiliengesellschaften brauchen, fehlt bei Gesundheit, Bildung und sozialer Absicherung. Was läuft schief auf den internationalen Finanzmärkten?
Dieses Buch diskutiert die Fehlentwicklungen ökonomischen und sozialen Auswirkungen von dreißig Jahren Finanzmarktliberalisierung. Nicht Wohlstand für alle, sondern Instabilität und ein Anwachsen der Kluft zwischen Arm und Reich ist die Bilanz. Das Buch beleuchtet die Rolle mächtiger Hedge- und Private-Equity-Fonds und die Bedeutung des Shareholder Values. Es analysiert die Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme in den Industrieländern und die Folgen für Entwicklungsländer.
Neben fundierter Kritik zeigt das Buch auch Lösungen und Handlungsmöglichkeiten für die nationale und internationale Politik auf. Demokratische Politik muss die Regeln bestimmen und wieder für stabile Finanzmärkte sorgen. Diese müssen die Realwirtschaft unterstützen anstatt sie zu dominieren und zu destabilisieren. Finanzmärkte müssen im Dienst einer sozialen und nachhaltigen Entwicklung stehen und gerechte Verteilung ermöglichen.
194 S., 19,90 EUR

wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
aber auch telefonisch unter:
069–900 281–10
per Fax an:
069–900 281–99
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Bitte, so vorhanden,
die [Bestellnummer] angeben.

Impressum

Attac Trägerverein e.V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e.V.
Redaktion:
Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Alexis Passadakis,
Gabriele Rohmann, Roland Süß
V.i.S.d.P.:
Gabriele Rohmann

McPlanet.com 2009

GAME OVER. NEUSTART!

24.04.-26.04.2009

24. bis 26. April 2009 in Berlin, Technische Universität

Jetzt Anmeldestart für den großen Umwelt- und Globalisierungskongress!

FrühbucherInnenrabatt bis zum 15. 03. 2009 sichern und gemeinsam neustarten!

Anmeldung und weitere Informationen:

www.mcplanet.com

attac BUND FREUNDE DER ERDE eed GREENPEACE HEINRICH BÖLL STIFTUNG

in Koorperation mit dem Wuppertal Institut und dem Center for Metropolitan Research

Mit Nicola Bullard, Iliya Trojanow, Marte Nielsen, Jaghdish Baghwati, Meena Raman, Wolfgang Sachs, Christiane Grefe, Shefali Sharma, Sara Larrain, Pat Mooney und vielen anderen.

Die globalen Finanzmärkte sind zusammengebrochen, eine weltweite Rezession folgt. Klima- und Hungerkrise bedrohen die Existenz von Millionen Menschen. Von vielen GlobalisierungskritikerInnen schon lange prophezeit, von Wirtschafts-„ExpertInnen“ lange ignoriert: Das System ist dabei, sich selbst zu erledigen. Darum heißt der vierte McPlanet.com Kongress: Game Over. Neustart! Wir suchen gemeinsam nach umfassenden und nachhaltigen Alternativen. Der McPlanet.com verknüpft die Themen Globalisierung und Weltwirtschaft mit Umweltschutz, Energie und Klima sowie mit der Forderung nach globaler Gerechtigkeit.
Auf dem McPlanet.com trefft Ihr Menschen aus Umwelt-, globalisierungskritischer und vielen anderen Bewegungen, die sich mit einer ökologischen und gerechten Zukunft beschäftigen. Hier könnt Ihr Euch informieren, austauschen, vernetzen und aktiv werden!

McPlanet.com: der besondere Bewegungskongress! Provoziert. Inspiriert. Aktiviert.

Mit über 1000 Menschen aus Bewegung, Politik, Wirtschaft und Kirche, aus West und Ost, Nord und Süd, vier großen Panels, dreizehn Foren und ca. 100 Workshops, Kultur und Filmprogramm und dem AktivistInnen-Eck zum aktiv werden.

www.mcplanet.com
Der gemeinsame Kongress von Attac, BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und dem Center for Metropolitan Studies (CMS)

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069–900 281–10 oder per E-Mail an: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Die Krise zur Chance für Attac machen

Auf zum globalen Aktionstag gegen Krise und Krieg am 28. März!



Als im August 2007 der Interbankenmarkt als Folge der US-Hypothekenmarktkrise zusammenbrach, hätte sich Attac selbst auf die Schulter klopfen können. Immerhin tritt mit der schlimmsten Krise des globalen Finanzsystems seit 1929 genau das ein, wovor Attac seit seiner Gründung gewarnt hat: Die neoliberale Logik der Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, in Kombination mit einer unvorstellbaren Umverteilungsagenda – global und innerhalb der Länder – hat zu einer gigantischen Spekulationsblase geführt, die nun geplatzt ist. Und täglich erleben wir, wie sich die Auswirkungen weltweit in eine handfeste „reale" Wirtschaftskrise übersetzen und die Kosten somit auf die gesamte Gesellschaft abgeladen werden. In immer mehr Betrieben drohen Kurzarbeit, Kündigungen oder gar Firmenpleiten. Die Casino-Party ist vorbei, und nun herrscht weltweit Katerstimmung.

Doch natürlich wird sich Attac nicht zynisch zurücklehnen und abwarten. Zusammen mit einem breiten Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Gruppen und sozialen Bewegungen mobilisieren wir zum 28. März 2009 – kurz vor dem Londoner G20-Weltfinanzgipfel – zu zentralen Demonstrationen in Frankfurt am Main und in Berlin. Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise – für eine solidarische Gesellschaft!" sollen die Demos wichtiger Kristallisationspunkt unserer Aktivitäten zur Krise sein – und sind deshalb enorm wichtig für die Dynamik zivilgesellschaftlicher Proteste im Superwahljahr 2009!

Attac bringt sich sehr aktiv in die Vorbereitungen zu den Demos ein. So werden in den nächsten Wochen in allen Einzugsgebieten Deutschlands Regionalkonferenzen zur Weiterbildung, Mobilisierung und Stärkung der Basis stattfinden. Wir erstellen Informationsmaterialien, informieren übers Web und die Medien, stricken mit an der Infrastruktur.

In dieser Krise des Neoliberalismus steckt auch eine Chance für eine solidarische Gesellschaft – um sie zu nutzen brauchen wir Eure Unterstützung!

Wir freuen uns deshalb über Spenden mit Hilfe des unten angehängten Überweisungsträgers. Mehr Informationen zu den Regionalkonferenzen finden sich unter: www.casino-schliessen.de/regionalkonf

Infos zum aktuellen Stand der Planung für den 28. März gibt es unter: www.28maerz.de